

Jean Cartelier, Michel De Vroey Der Regulationsansatz: Ein neues Paradigma?

Zusammenfassung: Cartelier und de Vroey prüfen, was die Arbeiten der Regulationsschule zur ökonomischen Theorie beitragen. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß dieser Ansatz in seinem gegenwärtigen Zustand nicht beanspruchen kann, eine Alternative zur herrschenden Theorie darzustellen. Die Regulationsschule versucht nicht, auf die fundamentalen Fragen der politischen Ökonomie zu antworten, deren Aufnahme für Cartelier/de Vroey eine unerläßliche Voraussetzung für die Etablierung eines neuen Paradigmas darstellt. Bezogen auf das Niveau von Theorien mittlerer Reichweite vertreten Cartelier/de Vroey insbesondere bezüglich des Fordismus-Konzepts die Auffassung, daß der Begriff, obgleich interessant und originell, ohne weiteres in die traditionelle ökonomische Theorie integrierbar wäre.

Die Regulationstheorie, genauer das Ensemble der Arbeiten, die direkt oder indirekt unter diesem Namen vorgestellt werden, dient zahlreichen Ökonomen als Sammlungspunkt, deren theoretische Position wesentlich bestimmt ist einerseits durch die Zurückweisung der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und deren analytischen Methoden (also der herrschenden politischen Ökonomie), andererseits dem Bemühen, die realen Probleme zu behandeln, die sich im Funktionszusammenhang heutiger Ökonomien stellen.

Die Arbeiten dieser Autoren sind inzwischen so zahlreich, deren Publikum in Anbetracht der ideologischen Kräfteverhältnisse innerhalb der Profession derart groß, daß man von der Bildung wenn nicht einer Schule, doch zumindest einer Bewegung sprechen kann. Manche Leute behaupten, daß der Regulationsansatz tatsächlich eine Alternative zu jenem Ansatz darstellt, der der Mehrzahl der gegenwärtigen ökonomischen Untersuchungen zugrundeliegt.

Dieser Behauptung entspringt die Frage, der wir in diesem Artikel nachgehen wollen: Kann der Regulationsansatz (im folgenden RA) eine Alternative zur herrschenden politischen Ökonomie darstellen? Es geht darum, ob er spezifische Antworten geben kann auf jene grundlegenden Fragen, die konstitutiv sind für die politische Ökonomie seit Adam Smith und gegebenenfalls, ob er neue Fragestellungen aufwirft, die uns von der Beantwortung der alten entbinden. Die alten Fragen drehen sich um die Darstellung einer dezentralen Ökonomie, um Bedingungen ihrer Lebensfähigkeit und um die Bildung der ökonomischen Größen. Die neuen werden durch den Begriff der Regulation selbst in seinen verschiedenen Bedeutungen aufgeworfen.

Die Untersuchung dieser Probleme wird uns zur Entwicklung einer Reihe kritischer Einwände hinsichtlich des RA führen, die auch an die Resultate früherer Überlegungen anknüpfen (Benetti/Cartelier 1980; Cartelier 1983; De Vroey 1985a, 1985b, 1987). Wir möchten sie möglichst prägnant in Form dreier Positionsnahmen darstel-

len. Erstens sind wir für die Verabschiedung der marxistischen Werttheorie, aber nicht wegen der von ihr gestellten Fragen, sondern aufgrund der Unangemessenheit ihrer Antworten. Zweitens meinen wir, daß eine Auseinandersetzung mit der neoklassischen Theorie an der Zeit ist. Das heißt einerseits, entgegen dem früher durch einen von uns (De Vroey 1973)¹ gemachten Vorschlag, darauf zu verzichten, den Akzent auf Ideologiekritik zu legen, andererseits anzugeben, daß gewisse entscheidende Fragen, für deren Beantwortung die Nicht-Neoklassiker wenn nicht ein Monopol, so doch eine vergleichsweise bessere Position zu haben meinten, im Innern der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gestellt und behandelt werden. Drittens halten wir es dennoch, aus Gründen, die weiter unten dargelegt werden, für wichtig, an der Konstruktion einer Alternative zur Neoklassik zu arbeiten.

Unsere Überlegungen in diesem Artikel werden sich einzig auf die Problematik der theoretischen Grundlagen beschränken. Das bedeutet, daß unsere Kritik weder die Darstellung historischer Zusammenhänge durch die Regulationisten entwerten kann, noch die zahlreichen speziellen Untersuchungen, die sich auf die Regulationstheorie berufen. Ebenfalls sollen diese Überlegungen gewiß nicht die Bestrebungen zur Bildung einer scientific community untergraben. Unser Ziel ist allein, zu den Bemühungen um kritische Evaluation beizutragen, die notwendig wird, sobald ein neues wissenschaftliches Projekt an Breite gewinnt und paradigmatische Ansprüche anmeldet. Wir meinen, daß ein solches Vorgehen genau jener kritischen Arbeit entspricht, zu der Boyer die Leser seines jüngsten Buches auffordert (Boyer 1986).

Wir möchten folgende allgemeine These zur Diskussion stellen. Sofern die Frage der Konstitution des RA als neuem Paradigma gestellt werden kann, ist dies nicht etwa der Fall, weil die Regulationstheoretiker in der Lage waren, alternative Lösungen für die durch die ökonomische Theorie behandelten grundsätzlichen Probleme zu liefern. Die Frage stellt sich vielmehr, weil die heutigen ökonomischen Arbeiten immer tiefere Gräben zwischen den formalen Ergebnissen und den traditionellen Fragen erkennen lassen, die von den »Gründern« (Smith, Marx und Walras) gestellt wurden, Fragen, die zunehmend aus dem Blickfeld der Mehrheit der Ökonomen verschwinden. Von daher die Suche nach Substitutionen und der Eindruck, der einzige Weg, sich dem Einfluß der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu entziehen, sei die Formulierung neuer Fragestellungen. Aber dieser Eindruck scheint eine Illusion zu sein: Der RA kann ebensowenig wie die ihm vorangegangenen kritischen Vorstöße (deutsche Historische Schule, amerikanischer Institutionalismus, »Soziologismus« à la française) die Konfrontation mit den großen traditionellen Fragen vermeiden. Sie zurückzuweisen heißt, sich der einzig verfügbaren theoretischen Grundlagen für eine ökonomische Analyse der Gesellschaft zu entledigen. Die von den Regulationisten vorgestellten Analysen der Funktionsweise des Kapitalismus, so eindringlich und interessant sie auch sein mögen, bilden nur eine theoretische Zwischenstufe. Auch wenn sie bei dieser Gelegenheit die Mängel der herrschenden Theorie deutlich gemacht haben, hat die Mehrzahl der Autoren im wesentlichen keine neue ökonomische Theorie vorgeschlagen. Sie haben im Gegenteil gezeigt, daß ein neuer und fruchtbarer Gebrauch gängiger ökonomischer Begriffe möglich ist. Ein solches

Ergebnis reicht allerdings nicht aus, um einen Paradigmenwechsel zu rechtfertigen. Im ersten Abschnitt unseres Beitrages wird die Notwendigkeit einer doppelten Klarstellung deutlich gemacht, zunächst bezüglich der Einheit der unter dem Etikett »Regulation« präsentierten theoretischen Positionen, im weiteren betrifft die Bedeutung dieses Terminus. Im zweiten Abschnitt werden die Kritiken untersucht, die von den Regulationisten gegen die neoklassische Theorie vorgebracht wurden und die die Grundlage ihres (möglichen) Anspruchs auf ein neues Paradigma bilden. Ein dritter Abschnitt ist dem Begriff des Fordismus, einem zentralen Beitrag des Absatzes, gewidmet. Schließlich wird im vierten Abschnitt die Haltung der Regulationisten gegenüber dem Problem der theoretischen Grundlagen ihrer Analysen untersucht.

I. Zwei Vorabklärungen

Untersucht man die Literatur, wird rasch deutlich, daß unter dem Titel Regulation verschiedene theoretische Konzepte koexistieren. Von Gemeinsamkeiten abgesehen – dem Bezug auf Marx, der Ablehnung der neoklassischen Theorie und des methodischen Individualismus ebenso wie dem Gewicht, das den Institutionen beigemessen wird und der Forderung nach einer historischen und interdisziplinären Perspektive –, gibt es gravierende theoretische Differenzen. Beschränken wir uns darauf, sie schematisch kenntlich zu machen.

Die beiden Extrempositionen des Spektrums scheinen uns die des GREEC (Groupe des Recherches sur la Régulation de l'Economie Capitaliste, Grenoble) einerseits, die von Boyer andererseits zu sein. Zentrales Thema der GREEC-Position sind die Tendenzgesetze der Entwicklung der Profitrate (Fall und Vereinheitlichung). Bei den einschlägigen Autoren scheint die Übereinstimmung des RA mit dem traditionell marxistischen Ansatz derart zu sein, daß man den Nutzen einer Namensänderung nicht recht einsieht. Die zweite Position wird durch zwei Merkmale charakterisiert: Dem Gewicht, das dem Begriff des Lohnverhältnisses beigemessen wird (besonders dem fordistischen) und dem Verzicht auf jeglichen Bezug zur marxistischen Werttheorie.² An diese zweite Position schließt zweifellos die Mehrzahl der Arbeiten an, die in den Nachbardisziplinen der Ökonomie unter dem Regulationsbegriff ausgeführt werden.

Zwischen diesen beiden Polen verorten wir eine dritte Tendenz, die man mit den Namen Aglietta³ und Lipietz verknüpfen könnte. Hier wird die Verbindung zur marxistischen Werttheorie aufrechterhalten, aber ineins mit der Anstrengung, sie durch die Betonung der (nachträglichen) Validierung und im Bemühen, die traditionellen Thesen bezüglich des Profits besser zu fundieren, zu erneuern. Der Begriff des Lohnverhältnisses erhält auch hier einen prominenten Stellenwert. Diese dritte theoretische Tendenz teilt also mit der ersten die tatsächliche Verankerung im marxistischen theoretischen Diskurs und mit der zweiten die Vorrangstellung des Themas Fordismus.

Unsere Absicht ist nicht, diese unterschiedlichen Tendenzen zu vergleichen. Den-

noch kann deren Existenz in Anbetracht unseres Vorhabens nicht vernachlässigt werden, da sie unmittelbare Auswirkungen auf unsere Frage hat. Hier liegt tatsächlich eine wichtige Quelle für Mißverständnisse: Das Etikett »Regulation«, bei weitem kein Garant für Einheitlichkeit, wird in der Tat von Theorien in Anspruch genommen, die nicht dieselben Grundlagen teilen.

Ein zweites Mißverständnis taucht auf, sobald man die Bedeutung des Terminus 'Regulation' erhellen will. Im Zusammenhang der Texte, die für den RA relevant sind, scheint dieser den Begriffen des Gleichgewichts und der Krise entgegengesetzt zu werden. Diese beiden Gegensatzpaare haben offensichtlich nicht den gleichen Status. Das erste ist theoretischer und methodologischer Natur: Es führt dazu, Analysen in Gleichgewichtsbegriffen zu verwerfen und gegenüber diesen einen Begriff vorzuziehen, den man für fruchtbarer hält, eben den der Regulation. Der zweite Gegensatz ist dem RA immanent. Es geht darum, zwei entgegengesetzte Zustände einer Ökonomie zu charakterisieren: Eine Situation, in der die verschiedenen Anpassungsprozesse die Reproduktion der typischen Eigenschaften dieser Ökonomie sicherstellen, zeigt die Effizienz der dieser Gesellschaft eigenen Regulation an, während das Scheitern dieser Anpassungsmechanismen zur Krise führe. Um aus dieser herauszukommen, muß ein neuer Regulationsmodus installiert werden.

Untersuchen wir die beiden Gegensatzpaare. Ein gutes Beispiel für das erste bietet ein Artikel von G. de Bernis, dessen Titel allein schon anschaulich ist: »Régulation ou équilibre dans l'analyse économique« (1977). Jedenfalls bieten sich zwei Interpretationen an. Man kann den hier markierten Gegensatz zunächst so verstehen, daß die Regulationstheorie sich der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zwar entgegenstellt, dennoch aber eine Gleichgewichtstheorie anderen Typs bleibt. In dieser Interpretation soll also der Terminus Gleichgewicht als ein Kürzel für »Gleichgewicht im neoklassischen Sinn« verstanden werden. Aber die dem Gleichgewichtsbegriff zugehörige Methodologie als solche soll nicht ebenfalls verworfen und der Regulationsbegriff nur angewandt werden, um eine nicht-neoklassische Konzeption des Gleichgewichts zu kennzeichnen. Die zweite, radikalere Interpretation, würde aus dem RA eine Theorie machen, die ohne jeden Bezug zum Gleichgewichtsbegriff konstruiert wird. Dies wäre im starken Sinne zu verstehen. Insbesondere wäre jede Vorstellung eines Ungleichgewichts in dem Maße ausgeschlossen, als diese sich nur als Abweichung vom Gleichgewicht verstehen läßt.

Beide Interpretationen scheinen uns in den regulationstheoretischen Schriften vorzukommen. Der allgemeine Duktus weist allerdings auf die zweite Interpretation. In diesem Fall würde sich der RA konstituieren durch einen Bruch mit der gesamten theoretischen Praxis der politischen Ökonomie, für die, wie auch immer das gebräuchliche Paradigma aussehen mag, das Gleichgewichtskonzept immer noch eine zentrale Rolle spielt. Die Begründetheit eines derartigen methodischen Anspruchs wird weiter unten überprüft. Jedenfalls kann hier schon festgehalten werden, daß eine kurze Prüfung der von den Regulationisten vorgelegten Definitionen den Verdacht nahelegt, daß die Ergebnisse hinter den Intentionen zurückbleiben: Es scheint, als ob man nicht aus einer gleichgewichtstheoretischen Perspektive herausgelangt. Kom-

men wir wieder auf de Bernis zurück. Er stellt sich wie andere unter die Autorität von Canguilhem, dem Autor des Artikels »Régulation (épistémologie)« der *Encyclopædia Universalis*. Die von Canguilhem vorgeschlagene Definition lautet wie folgt:

»Regulation ist die gemäß Regeln oder Normen erfolgende Anpassung einer Mehrzahl von Prozessen oder Handlungen sowie deren Effekte oder Produkte aneinander, die zunächst unvereinbar sind aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit oder zeitlichen Abfolge.« (Bd. 14, S. 1)

Ein nicht vorgewarnter Leser regulationstheoretischer Schriften, der mit der ökonomischen Theorie vertraut ist, schließt hier unmittelbar, daß das Walrassche Gleichgewicht, Resultat tastender Bewegungen oder komplexerer Prozesse, offensichtlich ein Fall von Regulation ist. Die Betonung, die G. de Bernis auf den Prozeß (»Prinzip der Equilibrierung«, gemäß F. Perroux) im Gegensatz zum Zustand des Gleichgewichts legt, ist eine durchaus zu verteidigende methodologische Position, die aber keineswegs, wie der Autor zu denken scheint, einen prinzipiellen Gegensatz zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie impliziert. Im übrigen sind es von diesem Paradigma herkommende Autoren, die am meisten zur Analyse solcher Prozesse beigetragen haben (Negishi, Hahn, etc.)

Man könnte einwenden, dies sei ein ganz anderes Konzept als das der Regulationstheoretiker. Der Term Regulation bezeichne nämlich eine spezifische Form der Anpassung im Gegensatz zu anderen einschlägigen Theorien, jedenfalls zu Walras' *Tâtonnement* und vielleicht zum klassischen Gravitationskonzept. In diesem Fall liegt die Beweislast für die Existenz einer neuen Theorie der Bildung der ökonomischen Größen bei den Regulationisten. Wir kommen darauf zurück.

Betrachten wir nun den Gegensatz Regulation/ Krise. Folgendes Zitat aus dem Buch von Mazier, Baslé und Vidal (1984) ist hier sehr aufschlußreich:

»(Die Krisen) können resultieren aus einer wachsenden Fehlanpassung zwischen Formen der Regulation und dem Zustand der Strukturen zu einem bestimmten Zeitpunkt (...) im Grenzfall kann die Regulation außerstande sein, die Reproduktion des Systems zu gewährleisten. Wir sprechen dann von einer *großen Krise oder Übergangskrise*, die schließlich zu einer prinzipiellen Infragestellung der charakteristischen Merkmale der vergangenen Wachstumsperiode führt und die Emergenz neuer Regulationsmechanismen gewährleistet«. (S. 14)

Hier bezieht sich der Regulationsbegriff nicht auf einen Prozeß im Gegensatz zu einem Zustand, sondern auf einen möglichen Funktionsmodus der Ökonomie im Gegensatz zur Krise oder zum Übergang von einem Regulationsmodus zum anderen. Erwähnen wir noch, daß der Gegensatz von Regulation und Krise ein wenig dem von Gleichgewicht und Ungleichgewicht zu ähneln scheint. Aber, noch einmal, die Dinge liegen nicht so einfach, wie es die mögliche Existenz von »kleinen Krisen« oder »Regulationskrisen« naheulegen scheint. Diese stehen nämlich nicht im Gegensatz zum Regulationsbegriff, der seither ein strukturelles Gleichgewicht bezeichnet, welches sich konjunkturellen Ungleichgewichten anpassen soll.

Solche begrifflichen Ambiguitäten sind sicher nicht nur dem RA eigen. Sie sind deshalb nicht weniger bedauernswert, selbst wenn sie neue Koalitionsbildungen von Ökonomen unterschiedlicher Herkunft begünstigt haben.

II. Die Kritik am Gleichgewichtsbegriff

Die Regulationisten versichern fast einmütig, daß sie den Gleichgewichtsbegriff verwerfen. Dies ist, wie wir oben bemerkt haben, nicht wörtlich zu nehmen, vielmehr müssen die entsprechenden Argumente geprüft werden. In dem Maße, wie die Ablehnung des Gleichgewichtsbegriffs den Rekurs auf den Regulationsbegriff zu begründen scheint, erfordert dieser Punkt Aufmerksamkeit.

Die Geschichte des ökonomischen Denkens zeigt, daß der Begriff des Gleichgewichts, den man, wenn man Gefallen daran hat, immer wieder findet, so weit man auch in die Geschichte der ökonomischen Theorie zurückgeht, keine Invariante darstellt. Zwischen Quesnays *Tableau économique* und der allgemeinen Gleichgewichtstheorie von Walras gibt es mehr als nur Nuancen. Um jede Doppeldeutigkeit zu vermeiden, wird der Gleichgewichtsbegriff hier im Sinne der modernen ökonomischen Theorie verstanden. Dieser kann mittels der folgenden kurzen Bemerkungen in Erinnerung gerufen werden, die eine klare Diskussion ermöglichen sollen.

Eine erste Bedeutung des Gleichgewichtsbegriffs ist der Zustand wechselseitiger Kompatibilität individuell präferierter Situationen, der durch bestimmte Werte einiger Parameter (Preise, verschiedene quantitative Indikatoren usw.) gekennzeichnet ist. Diese Bedeutung hat eine Implikation, die selten deutlich gemacht wird, uns jedoch von entscheidender Bedeutung zu sein scheint: Es ist möglich, die Individuen unabhängig von jeder sozialen Beziehung zu definieren (ausgenommen die Liste der Güter). Die ökonomisch Handelnden werden als autonome Einheiten betrachtet. Sie existieren vor der Gesellschaft und die Abwesenheit ökonomischer Beziehungen ist dafür kein Hindernis. Mit anderen Worten, sie können, wenn sie wollen, in Austauschbeziehungen treten, aber diese sind weder notwendig für ihre Konstitution als soziale Wesen noch für die Bildung der Gesellschaft. Eine solche Interpretation verdeutlicht die bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen formalen Mitteln (Theorem der Existenz einer Lösung des Gleichungssystems der Überschußnachfrage) und der zugrundeliegenden »Vision«: Da die Individuen die gleichen Machtressourcen haben, ist es undenkbar, daß ein Individuum eine Situation akzeptiert, die ihm als nicht optimal erscheint und von daher ist es logisch korrekt, die wechselseitige Vereinbarkeit der Pläne und die Existenz der Gesellschaft miteinander zu identifizieren.⁴ Eine zweite und gängigere Bedeutung des Gleichgewichtsbegriffs ist die stabile Lösung eines dynamischen Modells, das die Prozesse nachzeichnet, vermittelt derer Individuen miteinander in Beziehung treten (Tâtonnement, Nicht-Tâtonnement usw.). Die Differenz zur ersten Bedeutung rührt von der Notwendigkeit her, den Organisationsmodus der Transaktionen und die Regeln der Veränderung von Preisen und Größen zu spezifizieren (mehr oder weniger wichtige Präferenzen des Auktionators, Geld usw.).

In beiden Bedeutungen wird das Gleichgewicht als eine Situation begriffen, in der die Handelnden keine Möglichkeit wechselseitiger Gewinne mehr sehen. Der Beitrag der »Neu-Klassiker« besteht darin, die axiomatische Verknüpfung von Rationalität und Gleichgewichtsbegriff deutlich gemacht und den oft begangenen irrtümlichen Ver-

such zurückgewiesen zu haben, einen klassischen oder tendenziellen Gleichgewichts-begriff in eine neoklassische Problematik zu integrieren. Tatsächlich ist es in einer klassischen Perspektive möglich, zu sagen, die Ökonomie befinde sich nicht im Gleichgewicht, der Marktpreis unterscheide sich effektiv vom Gleichgewichtspreis, während dies innerhalb einer neoklassischen Problematik keinerlei Sinn macht. Keine der beiden oben erwähnten Bedeutungen ist Situationen angemessen, die man als »Nicht-Gleichgewicht« kennzeichnen könnte. Um diese Möglichkeit denken zu können, müßte man gute Gründe dafür finden, warum die Individuen Allokationssituationen akzeptieren sollten, die ungünstiger sind als solche, die sie hätten erlangen können. Keine der beiden Lösungen, die einem spontan einfallen, sind zulässig. Man könnte sich zum einen eine Autorität vorstellen, die Rationierungen durchsetzen kann, aber dies hieße, den gegebenen theoretischen Rahmen zu verlassen und die zentrale Prämisse zu verwerfen, dergemäß es keine Instanz gibt, die in der Lage ist, die Freiheit der Individuen autoritär zu begrenzen. Zum andern könnte man versucht sein, sich vorzustellen, daß die Individuen die Rationierung in ihre Pläne aufnehmen und das Gleichgewicht in Abhängigkeit von quantitativen Indikatoren definiert wird. Dies heißt aber, das Problem des Nicht-Gleichgewichts künstlich zu verwischen, indem es als Gleichgewicht definiert wird, in diesem Fall als K-Gleichgewicht. Kurz, in einem solchen theoretischen Kontext hat die Vorstellung einer Krise keinen anderen möglichen Ausdruck als den der Nichtexistenz des Gleichgewichts (in der ersten Bedeutung) oder einer exponentiellen Kurve (in der zweiten). Das Beharren auf einem Begriff der Krise als real möglichem Zustand einer Ökonomie erfordert daher notwendig eine Kritik des Gleichgewichtskonzepts und rechtfertigt dieses Unternehmen.

Das moderne Konzept des Gleichgewichts hat also den Vorteil, klar zu sein. Es scheint aber gleichzeitig, als ob die Fragen, die es zu behandeln erlaubt, deutlich begrenzter sind als die in der Tradition von Smith, Marx oder Walras gestellten (zwischen denen es ebenfalls Unterschiede gibt). Es ist hier nicht möglich, diesen Punkt zu entwickeln, der allein eine besondere Untersuchung erforderlich machen würde. Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß die neoklassische Theorie durch ihre Anlage unfähig ist, die Krise im Sinne einer real vorhandenen und beobachtbaren Situation zu begreifen.

Die Regulationstheoretiker haben diese Unfähigkeit mehr oder weniger erkannt. Es ist ihnen nicht in gleichem Maße gelungen, sich dies zunutze zu machen. Abgesehen von der Kritik am zu hohen Abstraktionsniveau der allgemeinen Gleichgewichtstheorie scheinen uns zwei Themen in ihren Arbeiten zum Gleichgewichtskonzept von Bedeutung zu sein.

Das erste hat mit einer der oben erwähnten Implikationen der Gleichgewichtstheorie zu tun, der Vorstellung einer Gesellschaft als Resultat unabhängiger Einzelentscheidungen. Für Boyer wie für Mazier, Baslé und Vidal ist die Gesellschaft eine Totalität, die das Verhalten der sie konstituierenden Elemente bestimmt.⁵ Folglich scheint man die Unvereinbarkeit zwischen dem Regulations- und dem Gleichgewichtskonzept feststellen zu können. Eine Variante dieser Position besteht darin, zu behaupten, die

Gesellschaft sei nicht etwas im wesentlichen Ökonomisches, sondern bilde ein systematisches Ganzes, welches einen umfassenderen Ansatz nötig mache. Die Regulationstheorie befinde sich im Gegensatz zum Gleichgewichtstheorem, insofern sie einen breiteren Zusammenhang von Phänomenen umfasse und sich vom engen Blickwinkel, den die politische Ökonomie erzwingt, befreie.

Wie sympathisch einem auch immer diese methodologische Orientierung sein mag, man muß dennoch feststellen, daß ein beträchtlicher Abstand herrscht zwischen den Intentionen und dem, was auf diesem Felde zu verwirklichen ist. Zum einen scheint es keine wohlfundierte Theorie der Gesellschaft als allgemeines System zu geben (abgesehen vom Bezug auf den Begriff der Produktionsweise, der unten behandelt wird), und man sieht nicht, wo die theoretische Begründung liegt für den Vorzug des Regulationsbegriffs vor dem des Gleichgewichts. Tatsächlich scheint es nicht die Wahl zwischen zwei alternativen Begriffen zu geben, sondern zwischen einem präzisen Begriff (Gleichgewicht), der nicht mit der Vorstellung zusammenpaßt, die man sich von den Problemen macht, und einem suggestiven, aber für die fruchtbare Anwendung nicht hinreichend klaren Begriff. Andererseits scheinen die verfügbaren Arbeiten diesen Mangel nicht beheben zu können. So unterscheiden sich etwa die Modelle der Akkumulationsregime im Grunde nicht so radikal von den multisektoralen Modellen, als daß es nicht möglich wäre, sie als Illustration der regulationistischen Methode zu betrachten. Die Kritik am Gleichgewichtskonzept ist auf dieser Grundlage eher der Ausdruck von Hoffnungen und Wünschen denn die Bestätigung einer leicht wahrnehmbaren theoretischen Differenz.

Das zweite Thema, das von den Regulationisten in Angriff genommen wird, betrifft die Vorliebe für das Studium der »Equilibrierung«, um den schon erwähnten Prozeß wieder aufzunehmen, im Gegensatz zum Gleichgewicht. Diese Position wird von der großen Mehrheit der regulationistischen Autoren geteilt. Aber sie ist offensichtlich nicht unvereinbar mit dem Gleichgewichtskonzept in seiner zweiten Bedeutung. In diesem Punkt stimmt die regulationistische Kritik mit der durch einige allgemeine Gleichgewichtstheoretiker geführten internen Kritik und der vieler anderer überein. Aus dieser Kritik läßt sich kein Nutzen ziehen, wenn man das Feld der politischen Ökonomie verläßt und ein präzis gestelltes, aber schwieriges Problem in einer umfassenderen, aber ungelösten Frage ertränkt.

Die regulationistischen Kritiken sind insgesamt ungenügend. Sie bedrohen in keiner Weise den Kern der herrschenden Theorie, der die gängigen Analyseinstrumente und gebräuchlichen konzeptionellen Formen zur Beantwortung ökonomischer Fragen entstammen. Was fehlt, ist eine immanente Kritik der auf dem Gleichgewichtskonzept fußenden Aussagen und die Ausarbeitung eines konkurrierenden Konzepts. Unter immanenter Kritik wird hier nicht nur die Überprüfung der logischen Konsistenz der Modelle verstanden, sondern gleichermaßen deren Angemessenheit hinsichtlich der Fragen, die sie behandeln sollen. Im wesentlichen ist diese Arbeit bisher dem Geschäft der allgemeinen Gleichgewichtstheoretiker selbst überlassen gewesen. Diese sehen sich daher mit allen Aufgaben anvertraut: Nicht nur mit der Beantwortung der traditionellen Fragen, sondern mit der Kritik der eigenen Arbeit. Es ist der

eigentliche Kern des theoretischen Dispositivs, der in Frage gestellt werden muß, d.h. der enge Zusammenhang zwischen dem Gleichgewicht verstanden als Zustand der Kompatibilität und den fundamentalen Hypothesen über die Gleichheit der Individuen und den ausschließlich als beabsichtigt konzipierten Resultaten ihrer ökonomischen Beziehungen. Dies kann nur auf zwei komplementären Weisen durchgeführt werden: Indem man erstens genau zeigt, inwiefern es der herrschenden Theorie mißlingt, die ökonomische Gesellschaft einzig als auf der Basis des marktorientierten Handelns unabhängiger Individuen aufgebaut zu begreifen, zweitens indem ein tatsächlich alternativer Ansatz entwickelt wird, der allerdings die Autonomie individueller Entscheidungen nicht durch eine rein soziale Determination zum Verschwinden bringt, wie es seit zwanzig Jahren strukturalistische Mode ist.

III. Der Fordismus

In den Arbeiten der regulationstheoretischen Autoren können zwei Sorten theoretischer Ansprüche unterschieden werden. Im einen Fall – der ambitionierten These – wird der RA als dem neoklassischen Ansatz konkurrierendes Paradigma vorgestellt, das entweder in einer Anreicherung des marxistischen Paradigmas bestehen soll oder, trotz zugestander Verwandtschaft, ein neues Paradigma darstelle. Im anderen Fall – der moderaten These – erhebt die Regulationstheorie nur den Anspruch, eine Wachstums- und Krisentheorie zu sein, die letztlich auf anderen Prämissen als der neoklassische Ansatz beruhe, aber dennoch nicht den Anspruch erhebe, diesen zu ersetzen. Der erste Standpunkt gründet sich auf der Vermutung, daß zwischen den verschiedenen Begriffen mittlerer Reichweite zur Analyse des Kapitalismus und den grundlegenden Begriffen einer allgemeinen Theorie der Geschichte Verbindungen hergestellt werden können. Der Begriff der Produktionsweise soll hier eine zentrale Rolle spielen:

»Im Begriff der *Produktionsweise* liegt das Interesse, die Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und ökonomischen Organisationsformen zur klären. Mit diesem Ausdruck bezeichnet man jede spezifische Form der Produktions- und Austauschverhältnisse, d.h. gesellschaftliche Beziehungen, die die Produktion und Reproduktion der materiellen Lebensbedingungen der Menschen in der Gesellschaft regeln«. (Boyer 1986, S. 43)

Es ist hier nicht unsere Absicht, den Diskussionsprozeß über diesen Begriff wieder zu eröffnen. Für die Forschung ist es nie zu spät und es ist wünschenswert, auf allen möglichen Gebieten zu forschen, also keinen Begriff als *a priori* unfruchtbar zu erklären. Aber ebenso muß zugestanden werden, daß mehr als zwanzig Jahre nach den Debatten um seine Bedeutung und genauen Gebrauch, der Begriff der Produktionsweise immer noch ziemlich unscharf ist. Im übrigen scheint seine Anwendung auf den Kapitalismus den Rekurs auf die grundlegenden Kategorien der politischen Ökonomie und nicht deren Umgehung notwendig zu machen. Dies wird deutlich in der Definition der kapitalistischen Produktionsweise durch Boyer:

»Erstens nimmt das Austauschverhältnis Warenform an; die Verpflichtung, mit Geld zu bezahlen, instituiert Geldzwang und Marktsubjekt zugleich. Zweitens wird durch die Trennung der unmittelbaren Pro-

duzenten von ihren Produktionsmitteln und den Zwang, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die spezifische Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse oder des Lohnverhältnisses insgesamt bestimmt.« (1986, S. 44)

Wir können diese Definition nur unterstreichen. Wir kommen aber gleichzeitig nicht umhin zu bemerken, daß der erste Punkt kaum in den regulationistischen Arbeiten auftaucht und der zweite die zahlreichen Kritiken am Konzept der Ware Arbeitskraft beiseite läßt. Um dem Begriff der kapitalistischen Produktionsweise einen präzisen Gehalt zu geben, ist es erforderlich, die der politischen Ökonomie eigenen grundlegenden Fragen klar zu beleuchten.

Die anspruchsvolle These scheint daher kaum realistisch: Kapitalistische Produktionsweise ist kein der Theorie der Ware und des Lohns vorgängiges Konzept, vielmehr eine abgeleitete Konstruktion. Was die moderate These anbelangt, so kann sie durch ein anderes Zitat von Boyer illustriert werden:

»Man kann behaupten, daß fast alle Autoren sich auf einen Zusammenhang von Begriffen mittlerer Reichweite geeinigt haben, die selbst wiederum in ganz anders geartete Problematiken eingefügt werden können.« (Boyer 1986, S. 36)

Im Rest dieses Abschnitts verfolgen wir das Ziel, den Ertrag dieser theoretischen Propositionen mittlerer Reichweite des RA innerhalb dieses begrenzten Anspruchs abzuschätzen. Aus dieser Perspektive schreibt sich die Regulationstheorie in einen besonderen Zweig der Ökonomie ein, den der Wachstums- und Akkumulationstheorien. Ihre Originalität besteht in der Absicht, die ökonomischen, historischen und soziologischen Dimensionen zu integrieren und im allgemeinen weniger formalisiert als andere Ansätze zu sein. Wie andere Theorien versucht sie, Typologien spezifischer Wachstumsregime zu entwerfen (nach dem Vorbild der verschiedenen »Zeitalter« bei J. Robinson) und sie mit klar abgegrenzten historischen Phasen zu verknüpfen. Schließlich werden Wachstum und Krise verbunden, wobei letztere als endogen aufgefaßt wird.

Welches sind die originären Begriffe mittlerer Ebene die von der Regulationstheorie vorgeschlagen werden? Wir können, immer noch Boyer folgend, vier Ebenen unterscheiden, die den Begriffen Akkumulationsregime, institutionelle Form, Regulationsmodus und Entwicklungsmodus entsprechen. Sie werden von Boyer folgendermaßen definiert:

(i) *Akkumulationsregime*: »Das Ensemble von Regularitäten, die ein allgemeines und relativ kohärentes Wachstum der Kapitalakkumulation sicherstellen, d.h. die es im Lauf der Zeit ermöglichen, die dem Akkumulationsprozeß eigenen Störungen und Ungleichgewichte zu resorbieren oder abzufachen« (1986, S. 46). Es handelt sich um die Organisation der Produktion, den Zeithorizont für die Verwertung des Kapitals, die Verteilung des Wertprodukts, die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage und schließlich um den Akkumulationsmodus mit nichtkapitalistischen Formen.

(ii) *Institutionelle Form*: »Jede Kodifizierung eines oder mehrerer grundlegender gesellschaftlicher Verhältnisse« (1986, S. 48). Hier geht es um Geldformen, Konfigurationen des Lohnverhältnisses und Formen der Konkurrenz.«

(iii) *Regulationsmodus*: »Jedes Ensemble von Prozeduren und individuellen sowie kollektiven Verhaltensweisen, welche die dreifache Eigenschaft haben

- die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Verknüpfung historisch bestimmter institutioneller Formen zu reproduzieren;
- das bestehende Akkumulationsregime zu tragen und zu 'steuern';

– die wechselseitige Vereinbarkeit eines Ensembles von dezentralen Entscheidungen sicherzustellen« (1986, S. 54)

Es ist zu bedauern, daß diese Definitionen nicht klarer sind. Besonders fühlt man sich berechtigt zu fragen, wie genau sie sich voneinander unterscheiden. Um ein Beispiel zu nennen, ist es richtig, den Regulationsmodus von der institutionellen Form zu unterscheiden? Worin besteht eine institutionelle Form ohne Verhaltensweisen? Sind diese genau bestimmt, was wird dann durch die institutionelle Form an Bestimmungen hinzugefügt?

Die konstitutiven Elemente dieser Begriffe sind im übrigen unterschiedlicher Natur. Einige entwickeln sich allmählich im Verlauf der Zeit, was es schwierig macht, sie in Typologien zu integrieren. Andere erinnern an dichotomische Gegensätze, was sie für duale Typologien geeignet macht. Andere wiederum scheinen sich zur Integration in multidimensionale Klassifikationstypen anzubieten. Von daher zeigt sich, daß die Darstellung einer Kombinatorik möglicher Regime, die Boyers Unterscheidungen nahezulegen scheinen, nicht möglich ist. Wenn man dagegen nur die Variablen nimmt, die nur zwei Werte annehmen können, wird eine Typologie der Regime möglich. Sie hätte dann folgende Gestalt:

- Lohnverhältnis: präfordistisch/fordistisch
- Formen der Konkurrenz: Freier Wettbewerb/Monopol
- Geld: private Logik/öffentliche Logik

Von den verschiedenen möglichen Kombinationen wären nur zwei als mögliche Regime zu begreifen, die ungefähr den zwei historischen Phasen entsprechen, die durch den zweiten Weltkrieg getrennt werden. Das ist ein interessantes Ergebnis. Das erste wäre gekennzeichnet durch ein präfordistisches Lohnverhältnis, wettbewerbsförmige Preisbildung und dezentrale Geldlogik (um den Ausdruck von Aglietta und Orléan ((1982)) aufzunehmen), das zweite durch Fordismus, monopolförmige Konkurrenz und zentralisierte Geldlogik. Dennoch, wenn man vom monetären Aspekt absieht – nicht weil wir ihn nicht für wichtig hielten, sondern weil er im Großteil der Arbeiten nur »zur Erinnerung« erwähnt wird –, erweist sich das Konzept des Fordismus als einzig neues Element der Analyse.

Der Begriff bezeichnet eine gleichzeitige Umwälzung des Arbeitsprozesses, gekennzeichnet durch die Beschleunigung des technischen Fortschritts im Konsumgütersektor, sowie der Existenzbedingungen der Lohnabhängigen durch das Aufkommen der Massenkonsumtion. Der Fordismus ist offensichtlich ein Begriff mit unterschiedlichen Facetten. Er bezeichnet zunächst, was Malivaud (1980) eine Verteilungsstruktur der verfügbaren Revenuen nennt, die ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Konsumtionsgüter ermöglicht. Der Kern dieser Struktur ist die Verknüpfung von Reallohn und Produktivität. Der Begriff bezieht sich auch auf die Modalitäten der Festsetzung der Löhne, die diese Verknüpfung ermöglichen. In dieser Hinsicht stellt der Übergang von der dezentralen Festlegung der Löhne (direkte Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ohne Einmischung höherer Instanzen) zu zentralisierten Verhandlungen (bei denen Rahmen für die einzelnen Arbeitsverträge festgelegt werden) die notwendige Zäsur dar. Die durch den

Fordismus in Gang gebrachte Entwicklung zwingt dazu, den unterstellten Antagonismus zwischen Kapitalistenklasse und Lohnarbeiterklasse von neuem zu überprüfen. Die Lohnabhängigen sind nicht mehr nur Substrat der Abpressung unbezahlter Arbeit, sie sind auch ein Markt für die kapitalistische Produktion. Das Subjekt, dem die Haut für den Profit des Kapitals abgezogen wird, wird auf der andern Seite Kunde und Konsument. Während der von einem Kapitalisten bezahlte Lohn für ihn ein zu minimierender Faktor ist, ist der vom andern Kapitalisten bezahlte Lohn eine Quelle der Nachfrage. Dieser Widerspruch zwischen individuellem und kollektivem Kalkül führt zur Notwendigkeit einer mehr zentralisierten Festsetzung der Lohnhöhe, bei der das kollektive Kalkül über das individuelle dominieren kann. Der Begriff Fordismus bezieht sich desgleichen auf die durch die neue Entwicklung notwendig gewordenen Interventionen des Staates: Zum einen auf dessen Schiedsrichterrolle in den kollektiven Lohnverhandlungen, zum andern auf die Notwendigkeit, sich unter der Form kollektiver Güter für eine Reihe von Bedürfnissen zuständig zu erklären, was die Reproduktion der Lohnabhängigen angeht, sobald neue Qualifikationserfordernisse auftauchen und der Rekurs auf überkommene Formen der gesellschaftlichen Solidarität unbrauchbar wird. Der Gedanke des Fordismus öffnet auch den Weg für die Zusammenarbeit von Forschungsbereichen, die zunächst füreinander unzugänglich waren: Studien zur Entwicklung des Arbeitsprozesses, des Lebensstils und der Konsumtionsnormen. *Last but not least* fordert der Gedanke, der Fordismus sei eine spezifische Form des Lohnarbeitsverhältnisses, zu einer theoretischen Reflexion der Natur des Lohnvertrages auf. Marx hatte die Arbeitskraft als eine »besondere Ware« charakterisiert, allerdings ohne sich in ausreichendem Maß auf die Erforschung der Natur dieses gesellschaftlichen Verhältnisses einzulassen, in dem, zur Verwirrung des Forschers, mit dem (freien) Tausch auf der einen, Hierarchie und Herrschaft auf der anderen Seite, zwei unvereinbare Dimensionen zu koexistieren scheinen. Das Rätsel wurde in werttheoretischer Perspektive von Aglietta in zweifellos sybillinischen, dennoch das Wesentliche treffenden Worten, gestellt:

»Der Lohnkontrakt ist nicht Teil der Realisierung des Werts in der allgemeinen Zirkulation der Waren. Einzig die Ausgaben für den Lohn sind dies.« (1976, S. 37)

Der Beitrag des Fordismuskonzepts scheint uns ein doppelter zu sein. Zunächst ist er die Markierung einer wichtigen historischen Zäsur, die in der Tat die Unterscheidung zwischen zwei Regimen der Reproduktion kapitalistischer Ökonomien rechtfertigt. Weiterhin ist er bedeutsam für die Reflexion der spezifischen Natur des Lohns als Tauschverhältnis. Es stellen sich dennoch verschiedene Fragen hinsichtlich dieses Konzepts. Die erste Frage dreht sich um die Möglichkeit, den Fordismusbegriff zu verallgemeinern. Auf welche Typen von Zusammenhängen ist er anwendbar (hier sei auf die Debatte zum »peripheren Fordismus« hingewiesen)? Läßt sich mit ihm die Krise der dreißiger Jahre ebenso wie die gegenwärtige erklären? Eine zweite Frage betrifft die Besonderheit dieses Konzepts. Sicher, es ist eine Entdeckung der Regulationisten. Wäre es nicht dennoch glatt in andere Theorien integrierbar, insbesondere in die orthodoxe Wissenschaft?

Ist das Konzept notwendig mit der Problematik verbunden, der es entsprungen ist?

Werfen wir einen Blick auf seine Gebrauchsweisen innerhalb des RA. Drei sind zu nennen. Zunächst dient es der Erklärung der großen US-amerikanischen Wirtschaftskrise als Resultat des Scheiterns der Einführung des Fordismus. Weiterhin dient es der Erklärung des 'goldenen' Nachkriegszeitalters, als dessen Grundgerüst der Fordismus betrachtet wird. Schließlich wird es als Interpretationsschlüssel für die Krise der siebziger und achtziger Jahre gebraucht, die als Krise des Fordismus gedeutet wird.

Was die erste Gebrauchsweise anbelangt, so stellt die Hauptreferenz zweifellos das Buch von Aglietta, *Régulation et crises du capitalisme*, dar. Ist die in diesem Buch entwickelte These zur großen amerikanischen Depression originell? Wenn man die von Temin (1976) vorgeschlagene Typologie anwendet, so gehört Agliettas Erklärung unbestreitbar zur »*spending hypothesis*«, welche die Krise auf die mangelnde Nachfrage zurückführt. Allerdings bereichert Aglietta zweifellos diese Interpretation. Zunächst ist die Berücksichtigung der sektoralen Dimension in dem Maß entscheidend, als sich die mangelnde Nachfrage nicht ohne Bezugnahme auf Veränderungen in der Produktionsstruktur begreifen läßt.⁶ Ein zweiter Beitrag der Studie Agliettas besteht darin, die institutionellen Hindernisse deutlich gemacht zu haben, welche die notwendige Veränderung der gesellschaftlichen Nachfrage aufgehalten, wenn nicht verhindert haben. Notwendig, aber im ersten Anlauf gescheitert, war die Installierung des fordistischen Lohnverhältnisses: Der Übergang von dezentralen Verhandlungen, die von einem kurzfristigen Kräfteverhältnis bestimmt wurden, wobei das Kapital alles daran setzte, die Löhne zu drücken, hin zur Festlegung der Löhne in Abhängigkeit von den Erfordernissen der gleichgewichtigen Reproduktion der Ökonomie. Mit anderen Worten, die Vorbedingung für die Restrukturierung der gesellschaftlichen Nachfrage als Antwort auf die veränderte Produktionsstruktur ist die Modifizierung des institutionellen Prozesses der Lohnfestlegung durch eine Instanz, die in Begriffen kollektiver Logik kalkuliert. Das Fehlen einer derart angemessenen institutionellen Veränderung hätte dann eine zentrale Rolle in der US-amerikanischen Depression. Diese These scheint uns tatsächlich ein interessanter Beitrag zur Debatte um die große US-amerikanische Krise zu sein. Nur braucht sie den marxistischen Theorierahmen nicht, in dem Aglietta sie verortet. Sie kann vollständig in der Sprache der traditionellen ökonomischen Theorie formuliert werden und hätte, wäre dies geschehen, zweifellos größeren Einfluß gehabt.

Dementgegen zeigen sich die Grenzen des Fordimuskonzepts, sobald man es zur Erklärung der gegenwärtigen Periode heranziehen will. Sicher ist man versucht, die Überlegungen zur früheren Krise auf die aktuelle auszudehnen. Jene wurde als Geburtskrise des Fordismus diagnostiziert, diese wird als Krise infolge seines Hinscheidens gefaßt. Oder man redet, immer noch in Analogieform, von der Krise des Übergangs ins postfordistische Stadium, ohne daß dieses klar definiert wäre. Die Schwierigkeit besteht wohl darin, daß man die aktuelle Geschichte interpretieren und, so gut es geht, theoretisch begreifen möchte. Aber man kann sich fragen, ob der Werkzeugkasten insgesamt nur ein einziges Regime enthält, das fordistische. Die anderen sogenannten Regime haben keine eigenständige theoretische Existenz, da sie nur

negativ in Bezug auf den Fordismus konstruiert sind. Auch kann man nach der Bedeutung des Krisenbegriffs fragen. Sind wir nicht Zeugen seiner Entwertung? Normalerweise sollte er eine zeitlich begrenzte Umwälzungsphase bezeichnen. Aber der vorläufige und stockende Charakter der neueren Entwicklungen fällt dem Begriff in den Rücken. Gezwungen, das Krisenkonzept auszudehnen, verliert man seinen Gehalt. Um es deutlich zu sagen, es macht gerade vom Standpunkt der Regulationisten wenig Sinn, sich in der Krise einzurichten.

Wie wir oben bemerkt haben ist eines der Interessen, die im Begriff des Lohnverhältnisses liegen, die Forderung nach einer Reflexion des Status jenes besonderen Tauschvorgangs, den der Lohnkontrakt darstellt. Zweifellos soll durch den Ausdruck »Lohnverhältnis« eben diese vorangetrieben werden. Obwohl ein intuitiver Begriff dieses Status dem RA in der Tat eigen und sogar ein Grund seines Anspruchs auf Spezifität ist, steckt die theoretische Fassung der Intuition bisher in den Ansätzen. Es fügt sich im übrigen, daß diese Art Fragen gegenwärtig auf der Tagesordnung der neoklassischen Theorie sind. Wie Boyer in seinem Buch selbst bemerkt und zudem in zwei neueren Artikeln zusammen mit Bowles (1987, 1988) vorgeführt hat, kann man im neoklassischen Rahmen zumindest in Ansätzen theoretische Grundlagen für die Idee einer Besonderheit des Lohns als Tauschakt liefern. Die Lektion aus dieser Entwicklung ist einfach und bestätigt die oben gegebene Interpretation: Der Fordismusbegriff ist interessant, aber durchaus in die Sprache der herrschenden Ökonomie zu übertragen. Seine Anwendung macht keineswegs eine wissenschaftliche Revolution notwendig, weder im Ganzen, noch innerhalb der Wachstumstheorien.

IV. Die theoretischen Grundlagen

Offensichtlich stand am Ursprung des RA der Wille, einen Beitrag zu den damaligen Auseinandersetzungen um die Marxsche Theorie zu liefern und diese im Vergleich zum neoklassischen Paradigma zu stärken. Der RA stellte sich nicht nur als der marxistischen Theorieströmung zugehörig dar, sondern auch als deren innovativer Teil. Eine derartige Ambition bedeutete die Infragestellung gewisser orthodox-marxistischer Auffassungen (dies wurde teilweise unternommen) sowie die mögliche Erweiterung der Bezugnahme auf die Tradition (Keynes trat an die Seite von Marx als einer der Inspirateure der Bewegung) und die Fähigkeit, besondere historische Situationen analysieren und Handlungsvorschläge machen zu können. Die Ankündigung eines derartigen Programms stellte in sich die Verwerfung der herrschenden ökonomischen Theorie und die Kandidatur des RA als alternatives Paradigma dar. Man kann allerdings nicht umhin einzugestehen, daß das Programm in sehr unterschiedlichem Maße verwirklicht wurde. Der angewandte Teil ist sicher der eindrucksvollste und hat hingereicht, den Erfolg und die Verbreitung der regulationistischen Strömung zu sichern, auch wenn sie, wie wir gesehen haben, nicht so klar von der traditionellen ökonomischen Theorie zu trennen ist, wie manche behauptet haben. Der theoretische Teil scheint dagegen recht vernachlässigt. Vielleicht beschränkt er

sich tatsächlich auf eine wenig zwingende methodologische Position, auf die sich sehr unterschiedliche Autoren beziehen konnten.

Versuchen wir diesen letzten Punkt zu präzisieren, bevor wir unsere Vorstellung skizzieren, wonach der RA nur in der Weiterverfolgung der ungelösten Fragen politischer Ökonomie und im Verlassen dieses Terrains eine Chance hat, solide theoretische Grundlagen zu errichten.

Zunächst soll vermerkt werden, daß der Regulationsansatz sich zu einem Zeitpunkt entfaltet hat, da die zahlreichen stürmischen Auseinandersetzungen um das Denken von Marx, kennzeichnend für die Jahre 1965-1975, allmählich nachließen. War dies ein »Schwanengesang« oder hatten im Gegenteil diese Debatten zu bemerkenswerten Resultaten geführt, an die man anknüpfen konnte? Die Antwort scheint eindeutig zu sein: Die von den Regulationisten verfolgten Fragestellungen (jedenfalls von denen, deren Position in Boyers Buch in Form einer vorläufigen Bilanz zusammengefaßt werden) nehmen nicht mehr explizit Bezug auf die spezifische Problematik des Wertes und der Ware. Alles hat sich so abgespielt, als ob die abstraktesten theoretischen Fragen von der Tagesordnung genommen worden seien, sei es weil sie als gelöst betrachtet wurden, sei es weil sie nicht mit den wirklich anstehenden Problemen verknüpft schienen.

In beiden Fällen ist die Rechtfertigung unzulänglich. Nur unverbesserlicher Optimismus könnte Glauben machen, daß die Debatten jener Zeit wirklich zur Klärung der zentralen von Marx erhobenen Fragen geführt haben. Ohne daß wir hier das Argument ausführen können, läßt sich sagen, daß die Untersuchungen zu den theoretischen Grundlagen der Marxschen Ausführungen über Ware, Geld und Mehrwert (und indirekt über Preise und Profit) allgemein an der Unfähigkeit krankten, das Spezifische des Marxschen Denkens auszumachen. Sicher ist dies teilweise dem Zögern und der Ambiguität bei Marx selbst geschuldet. Das Ergebnis zeigt sich anhand der Extrempositionen zu Marx. Man macht aus ihm den Gründer einer neuen Sozialwissenschaft (Gewöhnlicher »Marxismus« oder Wissenschaft des »Kontinents der Geschichte« bei den Althusserianern), deren Studium und Vertiefung ohne jeden Kontakt mit dem herrschenden Denken möglich sein soll. Auf der anderen Seite wird er zu einem »schwächeren Ricardianer«, um den polemischen Ausdruck von Samuelson aufzunehmen, der recht gut auf den »algebraischen Marxismus« und das Bild, das Steedman (1977) von ihm gezeichnet hat, paßt. Die Folge dieser Polarisierung ist, daß die enge Verwandtschaft zwischen den Fragen, auf die letzterer antworten wollte und jenen, die von den Klassikern und später von der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gestellt wurden, nicht mehr ausreichend begriffen wurde. Doch ohne von dieser Einheit der Problematik überzeugt zu sein (die durch unterschiedliche philosophische Interpretationen verdeckt wird), ist es sehr schwierig, die Originalität der Marxschen Positionen zu fassen, die nur im Vergleich zu den von den anderen Strömungen ökonomischen Denkens gegebenen Antworten interessant werden. Gleichmaßen ist die Vorstellung verschwunden, wonach eine vertiefte kritische Arbeit an den Marxschen Thesen ein Teil der normalen Aufgaben jedes theoretischen Ökonomen ist, der an den grundlegenden Fragen der Disziplin interes-

siert und nicht der Meinung ist, daß die allgemeine Gleichgewichtstheorie heute das Monopol haben solle.

Die Vernachlässigung der traditionell mit der Konstitution der politischen Ökonomie verbundenen Problematiken erweist sich deutlich in einem Abschnitt von Boyers Buch, in dem er drei Fragen als grundlegend charakterisiert. Sie betreffen die Veränderung der Wachstumsrhythmen einer gegebenen Ökonomie, die nationalen Besonderheiten der Beziehung zwischen Wachstum und Krise und die Veränderungen des allgemeinen Krisentyps im Verhältnis von einer Periode zur andern: »... diese drei Paradoxien schreiben sich in eine allgemeine Frage ein nach der *raum-zeitlichen Variabilität ökonomischer und sozialer Prozeßmuster*.« (1986, S. 13, kursiv im Text.) Es ist evident, daß es sich hier um wesentliche Fragen handelt, und daß die regulationistischen Arbeiten interessante Antworten geliefert haben, ist unbestreitbar. Aber es handelt sich ebenso offensichtlich nicht um die Begründung irgendeines Paradigmas, außer man denkt, daß die Synthese von Geschichte und Ökonomie hier stattfinden könnte.

Die Feststellung der historischen Relativität der Ergebnisse ökonomischer Theorie ist nicht bestreitbar, und kein vernünftiger Ökonom würde behaupten, daß das Studium einer konkreten Ökonomie sich ohne die Beachtung des institutionellen Rahmens und unabhängig vom allgemeinen historischen Zusammenhang vollziehen könnte. Wie es besser ist, reich und gesund als arm und krank zu sein, so ist es besser, exzellenter Theoretiker und respektabler Historiker zugleich denn mäßiger Ökonom und historisch ignorant zu sein. Aber abgesehen von dieser Trivialität scheint es nicht recht einsichtig, warum die im eigentlichen Sinne historische Untersuchung der Gesellschaft die ungelösten theoretischen Probleme unserer Disziplin lösen sollte. Eher im Gegenteil: Ohne ein verlässliches theoretisches Fundament bleiben Vergangenheit wie Gegenwart opak, wiewohl die Schaffung begrifflicher Werkzeuge auf mittlerer Abstraktionsebene nützliche und erfolgreiche empirische Arbeit erlauben mag.

Wir halten es daher für bedauerenswert, daß die regulationistischen Autoren sich im allgemeinen nicht an die traditionell grundlegenden Fragen der Disziplin gemacht haben. Smith, Marx und Walras scheint über (wichtige!) Differenzen hinweg tatsächlich eine gemeinsame Frage beschäftigt zu haben: Welches sind die Bedingungen der Möglichkeit einer Gesellschaft, die auf arbeitsteiliger Privatproduktion beruht, was zugleich bedeutet die Autonomie der individuellen Entscheidungen und eine bestimmte Form der Koordination individueller Handlungen (etwa im Unterschied zu Gesellschaften, die auf Recht und Brauch beruhen)?

Die Argumente, mit denen man die Vernachlässigung dieser Frage zu rechtfertigen sucht, sind vielfältig. Manche haben gemeint, diese Frage sei schon gelöst (orthodoxer Marxismus ist eine Variante dieser Position), oder sie sei nutzlos (der Rekurs auf eine historische Sichtweise oder eine allgemeine Systemtheorie würde ihre Beantwortung überflüssig machen). Wir dagegen meinen, daß der Mangel an Forschung auf Grundlagenebene durchaus sichtbare Konsequenzen hat – wie oben schon bemerkt: In der trotz seiner zentralen Bedeutung außerordentlichen Schwierigkeit, einen Begriff der Regulation auszuarbeiten und ihm einen genauen und spezifischen Gehalt zu

geben und das Fordismusmodell an eine entwickelte Theorie anzuschließen. Wir schließen daraus, daß die Regulationisten das Terrain der politischen Ökonomie zu Unrecht verlassen haben.

Sicher kann man einwenden, daß dieser Schluß nur für den Zweig des RA gültig ist, dessen Autoren sich mit Boyers Darstellung identifizieren können. Insbesondere ein Autor wie Lipietz hat den Thesen zur Regulation eine streng marxistische Grundlage zu geben versucht. Wir können diesen Versuch im engen Rahmen dieses Artikels nicht analysieren. Beschränken wir uns auf die Bemerkung, ohne dies näher auszuführen, daß ein solcher Versuch, Marx an den Ursprung der regulationstheoretischen Problematik zu setzen, unseres Erachtens einen schärferen Blick auf die Mängel der im *Kapital* entwickelten Theorie erfordert, um überzeugend zu sein. Zu den wesentlichen Problemen des Tauschs und des Geldes bewahrt Lipietz die orthodoxesten Auffassungen. Seine Position scheint uns jenes widersprüchliche Ergebnis zu zeigen, zu dem der Wille führen kann, den Kern einer Theorie bewahren und ihr gleichzeitig neue Elemente einzuführen. Im Gegensatz zu den »traditionell marxistischen Regulationisten« versucht er, in die marxistische Theorie Elemente zu integrieren, die Autoren wie Aglietta und wir selbst unter dem Stichwort der essentiellen Merkmale einer Marktökonomie in den Vordergrund stellen würden, besonders die Trennung der Handelnden, was ihre Entscheidungen anbelangt, die Wertumessung *ex post*, sowie das Geld. Aber er wirft die Frage nach der Vereinbarkeit der traditionell marxistischen Positionen mit diesen neuen Sichtweisen nicht auf. Die Theorie des Arbeitswerts, als Gravitationszentrum aufgefaßt, wird aufrechterhalten und durch ein Konzept der Validierung der Privatarbeiten ergänzt. Die Mehrwerttheorie, auf dem Begriff des Werts der Arbeitskraft begründet (wobei die Reproduktionsnorm als exogen bestimmt gedacht wird), geht problemlos einher mit dem Fordismuskonzept, in dem der Lohn als endogene Größe gebildet wird. Uns dagegen scheinen diese Beiträge von Lipietz eben auch die traditionellen Interpretationen der Marxschen Theorie infragezustellen.

Im übrigen kann man sich über die Tatsache wundern, daß die späteren Arbeiten von Aglietta und Orléan, so präzise sie auch die Frage der Grundlagen der ökonomischen Gesellschaft, im Verzicht auf den Wertbegriff, angehen, nicht Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen sind. Während die Autoren versuchen, die Funktionsweise der Anpassungsprozesse zu klären (wechselseitige Antizipation usw.), bleiben sie dem traditionellen Geschäft der politischen Ökonomie treu, die Beziehungen zwischen den Individuen zu behandeln und gleichzeitig das Individuum innerhalb eines gesellschaftlichen Verhältnisses zu situieren. Der Unterschied zur gegenwärtigen interdisziplinären Position besteht darin, daß dieses gesellschaftliche Verhältnis nicht notwendig von außerhalb der Ökonomie importiert wird (wobei dieses Außerhalb definiert werden müßte), sondern daß es gleichzeitig mit den Individuen, die es verbindet, erscheint. Da sie ihrer theoretischen Perspektive die konstitutive Unvollständigkeit der Bestimmungen der ökonomisch Handelnden zugrundelegen, ist der Gleichgewichtsbegriff (im oben bestimmten Sinne als wechselseitige Kompatibilität) hier fehl am Platze.

Von der Vereinbarkeit der unabhängigen Handlungsorientierungen zu sprechen ist nicht mehr möglich, da die Herausbildung dieser Orientierungen schon Beziehungen zwischen den Individuen widerspiegelt. Die Kontinuität zwischen den durch die Thesen von Aglietta und Orléan aufgeworfenen Fragen und jenen, die die durchgängige Problematik der politischen Ökonomie konstituieren, wird auch in ihrer Behandlung des Geldes deutlich. Indem sie es ins Zentrum der Debatte stellen, identifizieren sie sehr erfreulicherweise den entscheidenden Gegenstand der Auseinandersetzung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie, die einzig mögliche Weise, den Begriff des Gleichwichts wirklich anzugreifen. Im Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches *Régulation et crises*, schreibt Aglietta, daß seine Arbeit »nur von gesellschaftlichen Beziehungen handelt, die eine ökonomische Repräsentation erhalten, das heißt in der Form von in Geldeinheiten ausdrückbaren Größen erscheinen können.« Eine Disziplin dieses Typs sollten unserer Auffassung jene Ökonomen anstreben, die sich um eine wirkliche Alternative zur herrschenden Theorie Gedanken machen.

V. Schluß

Was bleibt am Ende dieser kritischen Untersuchung vom Begriff der Regulation? Zunächst eine Idee, die, obwohl für die allgemeinen Gleichgewichtstheoretiker akzeptabel, voller Konsequenzen ist: Nicht nur der Zustand der Kompatibilität der individuell angestrebten Situationen zu betrachten, sondern auch die Prozesse, die ihn herbeiführen. Tut man dies, werden einige Probleme deutlich:

- Die Notwendigkeit, ein dynamisches Modell der interindividuellen Beziehungen sorgfältig zu erarbeiten, verdeutlicht, daß der Ausdruck »Markt« ein Dach für sehr unterschiedliche institutionelle Dispositive ist (je nach den angewandten Regelungen) und daß Institutionen ökonomischer Art notwendig sind für die Errichtung einer reinen Tauschgesellschaft (man denke etwa an das Geld) (vgl. Benetti/Cartelier 1988).
- Der Prozeß stellt sich im allgemeinen nicht so dar, wie der aus der Biologie importierte Begriff der Regulation suggeriert: Weit davon entfernt, ein vorherbestimmtes Resultat (Erhalt einer bestimmten Organisationsform, Erzielung eines festgelegten Gleichgewichtszustands) zu ermöglichen, nimmt die Verlaufskurve als Grenzwert einen Zustand an, der in der Tat selbst wiederum von ihr abhängig ist; dem Prozeß geht jegliches teleologische oder funktionale Merkmal ab. In ökonomischen Begriffen legt dies die Annahme nahe, daß das Akkumulationsregime nicht vorgängig im dynamischen Modell der Regulationen definierbar ist: Es ist eines seiner möglichen Resultate.

Eine zweite Idee, die den Regulationisten gemeinsam ist, besteht in der Nichtreduzierbarkeit des Lohnverhältnisses auf ein Tauschverhältnis. Eine solche Position ist in sich eine Kritik des Gleichgewichtsbegriffs, indem sie seine vorherrschende ökonomische Interpretation, die auf der Vorstellung des freiwilligen Tausches beruht, zerstört. Allerdings kommt diese Kritik solange nicht zum Zuge, wie die »Lohnverhältnis« genannte Beziehung nicht in ökonomischen Begriffen gedacht wird. Zu

sagen, es handele sich um einen Tausch (ein sehr präziser Begriff, der sich aus der Annahme des gleichen Status der Individuen herleitet) und noch um etwas anderes (in der Regel etwas nicht genau bestimmtem), erinnert stark an die ironische Bemerkung Voltaires, wonach man eine Schafherde mittels magischer Parolen vergiften könne, vorausgesetzt, man gebe eine ausreichende Menge Arsen hinzu. Die Schwierigkeit besteht hier darin, in ökonomischen Begriffen die Existenz einer Hierarchie zu denken, obwohl es um einen Tausch geht. Im übrigen wäre es unvorsichtig, zu behaupten, daß die Existenz einer Hierarchie schon hinreichende Kritik am Gleichgewichtsbegriff sei. Vereinbaren heute nicht zahlreiche Arbeiten im Rahmen der Gleichgewichtstheorie Informationsasymmetrie mit dem Gleichgewicht?

Was schließlich das Problem des Verhältnisses von ökonomischer Theorie zu anderen Diskursen über die Gesellschaft anbelangt, scheint uns eine Verwirrung sorgfältig vermieden werden zu müssen: Aus der Tatsache, daß es offenbar für die Analyse einer konkreten Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt notwendig ist, den gesamten Wissensstand der verschiedenen Sozialwissenschaften zusammenzutragen, darf nicht der Schluß gezogen werden, daß deren grundlegende Kategorien vermischt werden dürfen. Die Pluralität der Sozialwissenschaften spiegelt die Vielheit der Fragekomplexe und Hypothesen wider, die unsere Gesellschaft verlangt. Zu tun, als ob sie ignoriert werden könne, ist ein zumindest leichtfertiges Vorgehen. Daß die politische Ökonomie nicht die gesamte gesellschaftliche Realität erfassen kann, ist eine völlig einsichtige Feststellung, die jenen nicht entgehen sollte, die bemüht sind, die Fragen, auf denen sie gründet, dauernd im Auge zu behalten. Denn es sind diese präzisen Fragen, die in letzter Instanz die begrifflichen Mittel bestimmen, mit denen kontrollierbare und diskutierenswerte Antworten gegeben werden können. Ein Hammer ist kein Schraubenzieher, man kann dies bedauern, aber mit ihm Nägel einschlagen. Die Suche nach einer Synthese der beiden Werkzeuge ist interessant, aber während man ihren glücklichen Abschluß erwartet, ist es besser, die verfügbaren Werkzeuge in Kenntnis ihrer Grenzen zu gebrauchen.

Die Grenzen der politischen Ökonomie sind gerade aufgrund der Genauigkeit der Hypothesen bekannt, die ihren Geltungsbereich bestimmen. Entgegen Boyers Behauptung⁷ kennt der kosnequente Ökonom – soll man sich auf andere berufen? – die Grenzen der Werkzeuge, über die er verfügt. Kann man das auch von den Kategorien der Regulationisten sagen, die, woran uns Lipietz ganz richtig erinnert, die »rebellischen Söhne der Althusserianer«⁸ sind?

Durch eine eigenartige Wendung (List der Epistemologie?) veranlaßt die Besorgnis, sich nicht dem Ökonomismus auszuliefern, eine muntere Überschreitung der Disziplinargrenzen, deren offensichtliches Ergebnis die Vorherrschaft des am wenigsten weichen Teils des Diskurses über die Gesellschaft sein wird, nämlich der Ökonomie. Die Grenzen zu überschreiten kann heißen, die anderen Gebiete zu annektieren. Das Studium des »sozialen Ganzen« auf einem Begriff des Akkumulationsregimes des Kapitals zu gründen bedeutet sicher, einem Imperialismus der politischen Ökonomie näher zu kommen als eine Position, die nur darin besteht, die Ressourcen des eigenen Territoriums auszubeuten!

Eine der Paradoxien des Regulationsansatzes besteht darin, daß die Mehrzahl seiner Anhänger es abgelehnt haben, ihn auf der politischen Ökonomie zu gründen, obwohl dies zweifellos die einzige Möglichkeit ist, ihm ein wirkliches theoretisches Fundament zu geben. Sofern der Regulationsansatz sich nur auf einer mittleren Abstraktionsebene bewegt und sich nicht als glaubwürdige Alternative zur herrschenden politischen Ökonomie darstellt, dann deshalb, weil es nicht gelungen ist, ein »Basislager« zu errichten, das von allen ausfindig gemacht und festgelegt ist. Die Lösung besteht nicht in der Flucht aus dem Frontgebiet sondern im Gegenteil in einem Neuansatz mit den Fragen, die leichtfertig dem Monopol der allgemeinen Gleichgewichtstheorie überlassen wurden. An der Tagesordnung ist nicht, neue magische Parolen auszugeben, wohl aber die Arsendosis zu erhöhen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. d'Ursel (1984) für eine Begründung dieser Position.
- 2 Eine gelungene Synthese der durch diese Problematik erlangten Ergebnisse wird in der Arbeit von Mazier, Baslé und Vidal (1984) vorgetragen.
- 3 Der Autor von *Régulation et crises du capitalisme*, jedoch nicht der der nachfolgenden Arbeiten.
- 4 Eine immanente Kritik bestünde in der Feststellung, daß das effektive Funktionieren der Beziehungen unter anderem eine angemessene Organisation erforderlich macht (Zirkulationsmittel, zentrale Kompensationsinstanz usw.) und daß daher trotz allem ein Unterschied existiert zwischen dem formellen Resultat und seiner ökonomischen Interpretation.
- 5 »In jedem Falle resultieren diese Gesetze nicht aus einer simplen Addition individueller Entscheidungen. Sie erscheinen als Produkt der Geschichte und erlegen ihre Zwänge der Gesamtheit der Entscheidungen auf, so daß die Mehrzahl der Verhaltensweisen durch die Funktionsweise der gesamten Ökonomie determiniert sind« (Boyer 1986, S. 11, Hervorh. i. Text.)
- 6 Diese These ist jüngst durch Bernstein (1987) erhärtet worden.
- 7 »Sich des hochrangigen Charakters seiner Begriffe und der logischen Stringenz bewußt, die es ihm erlaubt, individuelle Verhaltensweisen oder tendenzielle Gesetzmäßigkeiten aus einer kleinen Zahl grundlegender Prinzipien abzuleiten, ist er versucht, jede Differenz zwischen historischer Entwicklung und Aussagen seiner Theorie als Verschlackung und Unzulänglichkeit zu interpretieren« (1986, S. 40).
- 8 Lipietz (1987, S. 1051).

Literatur

- Aglietta, Michel (1976): *Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des Etats-Unis*, Paris
- Aglietta, Michel et Orléan, André (1982): *La Violence de la monnaie*, Paris
- Benetti, Carlo et Cartelier, Jean (1980): *Marchands, salariat et capitalistes*, Paris
- Benetti, Carlo et Cartelier, Jean (1988): »Moneta e formazione delle grandezze economiche«, in: A. Graziani et M. Messori (ed.): *Il circuito della moneta: limite e prospettive*
- Bernstein, Michael (1987): *The Great Depression. Delayed Recovery and Economic change in America, 1929-1939*, Cambridge
- Boyer, Robert (1986): *La théorie de la régulation. Une analyse critique*, Paris

- Boyer, Robert et Bowles, Sam (1987): »A Wage-led Employment Regime: Income distribution, Labor Discipline and Aggregate Demand in Welfare Capitalism«, unv.
- Boyer, Robert et Bowles, Sam (1988): »Labor Discipline and Aggregate Demand: A Macroeconomic Model«, in: *American Economic Review*, mai 1988
- Canguilhem (1980): »Régulation (épistémologie)«, *Encyclopaedia Universalis*, vol 14, pp 1-3
- Cartelier, Jean (1983): »Introduction à une économie politique hétérodoxe« Working paper 8203, U.C. Louvain
- Destanne de Bernis, Gérard (1977), »Régulation ou équilibre dans l'analyse économique«, in: Lichnerowicz, A./Perroux, F./Gadoffre, G (ed.): *L'idée de régulation dans les sciences*, Paris
- De Vroey, Michel (1973): »Une explication sociologique de la prédominance du paradigme néo-classique dans la science économique«, in: *Economies et Sociétés*, tome VI, n°8
- De Vroey, Michel (1985a): »La théorie du salaire de Marx: une critique hétérodoxe«, in: *Revue Economique*, mai
- De Vroey, Michel (1985b): »La théorie marxiste de la valeur, version travail abstrait. Un bilan critique«, in: B. Chavance (ed.): *Marx en perspective*, Paris
- De Vroey, Michel (1987): »La possibilité d'une économie décentralisée. Esquisse d'une alternative à la théorie de l'équilibre général«, in: *Revue Economique*, juillet
- D'Urse, Laurent (1984): »Impérialisme économique et néo-libéralisme«, in: *Economies et Sociétés, série Oeconomia*, volume 10, n°18
- Lipietz, Alain (1987): »La régulation: les mots et les choses. A propos de la théorie de la régulation: une approche critique de Robert Boyer«, in: *Revue Economique*, septembre
- Malinvaud, Edmond (1980): *Profitability and Unemployment*, Cambridge
- Mazier, Jacques, Basle, Maurice, Vidal, Jean-François (1984): *Quand les crises durent...*, Paris
- Steedman, Ian (1977): *Marx after Sraffa*, London
- Temin, Peter (1976): *Did Monetary Forces Cause the Great Depression?*, Norton